Gemeinde Hügelsheim

Sitzungsvorlage

Sachbearbeiter:	Nicole Walter	Az:	022.133
Vorlagen Nr.:	HAU/112/2020	Vorlage erstellt am:	19.11.2020
Gremium:	Gemeinderat	Sitzung am:	30.11.2020
		Status:	öffentlich

TOP 2

Ablehnung einer ehrenamtlichen Tätigkeit als Gemeinderätin der Gemeinde Hügelsheim

hier: Entscheidung des Gemeinderats nach § 16 Abs. 1 und 2 der Gemeindeordnung (GemO)

Anlage: - Antrag von Frau Annemarie Nowak vom 26.10.2020

Sachstand:

Nach dem amtlichen Ergebnis der Kommunalwahlen vom 26.5.2019 rückt für Hans Kiefer Frau Annemarie Nowak aus Hügelsheim als nächste Ersatzperson aus der Liste der SPD in den Gemeinderat der Gemeinde Hügelsheim nach. Frau Annemarie Nowak hat schriftlich am 26.10.2020 erklärt, dass sie die Wahl ablehnt.

Nach § 16 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) kann ein Bürger eine ehrenamtliche Tätigkeit aus wichtigen Gründen ablehnen. Ob ein wichtiger Grund vorliegt, entscheidet der Gemeinderat.

In die Abwägung, ob ein wichtiger Grund für ein Ausscheiden aus dem Gemeinderat vorliegt, sind auch die persönlichen Verhältnisse des ehrenamtlich tätigen Bürgers mit einzubeziehen. Grundsätzlich kann ein wichtiger Grund angenommen werden, wenn unter Würdigung der gesamten Verhältnisse dem einzelnen Gemeinderat die Weiterführung des Ehrenamtes nicht zugemutet werden kann.

Zudem liegt nach § 16 Abs. 1 Ziff. 3 GemO ein wichtiger Grund insbesondere dann vor, wenn der ehrenamtlich tätige Bürger 10 Jahre lang dem Gemeinderat angehört oder ein öffentliches Ehrenamt verwaltet hat. Dabei muss die Zeit verschiedener Ehrenämter zusammen gerechnet werden.

Frau Annemarie Nowak war von 2009 bis 2019 10 Jahre Mitglied des Gemeinderats der Gemeinde Hügelsheim.

Die an eine Ablehnung einer ehrenamtlichen Tätigkeit geknüpften wichtigen Gründe sind somit als gegeben anzusehen.

Beschlussantrag:

Der Gemeinderat stellt gemäß § 16 Abs. 2 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) fest, dass bei Frau Annemarie Nowak ein wichtiger Grund nach § 16 Abs. 1 GemO für das Ablehnen der ehrenamtlichen Tätigkeit als Gemeinderätin vorliegt.